

Fraktionsantrag

Einführung einer Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild

<i>Einreicher:</i> Frau Jacobs-Krahen, Dorothee <i>Unterstützer:</i> Dr. Dorothee Jacobs-Krahen Freie Grüne Liste Gisela Kusche Anne Mühlhäußer	<i>Eingereicht am:</i> 17.02.2022
---	--------------------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Ö / N</i>
Technischer Betriebsausschuss (Vorberatung)	Ö
Haupt- und Finanzausschuss (Entscheidung)	Ö

Beschlussvorschlag

Die Freie Grüne Liste Konstanz beantragt, die Einführung einer Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild zu prüfen.

Sachverhalt

Begründung:

In der nächsten Sitzung des TBA soll über die Einführung der Verpackungssteuer in Tübingen berichtet werden. Gleichzeitig soll die Verwaltung im darauffolgenden HFA darstellen, ab wann eine Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild in Konstanz eingeführt werden kann.

Mit einer Verpackungssteuer soll in Tübingen seit dem 1. Januar 2022 Müll reduziert und die Umwelt geschützt werden, ein wichtiger Beitrag in Richtung Klimaneutralität. Einwegverpackungen und Einweggeschirr werden mit jeweils 50 Cent netto besteuert, für Einwegbesteck beträgt die Steuer 20 Cent netto. Die Steuern müssen die Verkaufsstellen zahlen, die in den Einwegverpackungen Speisen und Getränke für den sofortigen Verzehr oder zum Mitnehmen ausgeben. Gleichzeitig unterstützt die Stadt Gastronomiebetriebe, die ein [Mehrwegsystem](#) einführen, mit bis zu 500 Euro für die Anschaffung des Geschirrs. Beim Kauf einer Spülmaschine für das wiederverwendbare Geschirr erhalten Lokale und Bäckereien bis zu 1.000 Euro. Eine erste Bilanz in Tübingen zeigt die Wirksamkeit der Maßnahmen. Das Müllaufkommen der Kommune hat sich um mehrere Tonnen reduziert.

Anlage/n

Keine